

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(42. - öffentliche - Sitzung am 20. Januar 2020)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag über datenschutzrechtliche Anpassungen am „Dataport-Staatsvertrag“ zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/5444](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Nicht anwesend: FDP

2. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Organstreitverfahren der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)
- Landesverband Niedersachsen gegen den Ministerpräsidenten des Landes
Niedersachsen wegen Verletzung der Neutralitätspflicht (Veröffentlichung auf dem
Kurznachrichtendienst „Twitter“ anlässlich einer am 23. November 2019
durchgeführten Versammlung) - StGH 6/19**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Äußerung gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Nicht anwesend: FDP

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die für den 1. April 2020 vorgesehene Sitzung entfallen zu lassen.